



30.11.2022

## Beschlussantrag

der Fraktionen SP, Grüne, die Mitte/EVP, AL

Dem Gemeinderat wird beantragt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden:

«Die Stadt Zürich verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Zürich den Schweizer Bundesrat auf:

- Die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig zu übernehmen;
- Sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen;
- Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.»

## Begründung

Seitdem die 22-jährige Jina «Masha» Amini am 16. September 2022 von der iranischen «Sittenpolizei» für das inkorrekte Tragen ihres Kopftuches zu Tode geprügelt wurde, gehen in allen Ecken des Irans zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Iraner:innen aller sozialer Schichten und ethnischer Hintergründe fordern das Ende des unterdrückerischen Regimes um Religionsführer Ali Chamenei. Das Regime reagiert auf die Proteste mit unverhältnismässiger Gewalt.

Die Demonstrationen in Zürich und der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime verlangten, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um sich gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einzusetzen. Doch die Antwort des Bundesrates auf die Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Die Schweiz soll die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte unterstützen, sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des beschlossenen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einsetzen und vor allem endlich die EU-Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

Der Bundesrat hat zwar diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, welche aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz hingegen bisher nicht übernommen. Im Sinne einer kohärenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz deshalb nicht länger abseitsstehen und muss die Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

*St. Müller* *W. D. ...* *A. B. ...*